

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5389

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5389



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



zu den Verschärfungen
des Zivildienstes

Medienmappe

Pressekonferenz zur Lancierung des Referendums
«Zivildienst Retten – NEIN zu den Verschärfungen des Zivildienstes»

8. Oktober 2025, 11 Uhr
Käfigturm, Marktgasse 67, 3011 Bern

Allianz
Zivildienst retten!

info@zivildienst-retten.ch

zivildienst-retten.ch

Inhaltsverzeichnis

Medienmitteilung der Allianz «Zivildienst retten!»	3
Beiträge Medienkonferenz	5
<i>Redebeitrag Priska Seiler Graf: «Wie sagen nein zu sinnlosen und wirkungslosen Schikanen»</i>	5
<i>Redebeitrag Fabien Fivaz: «Wir sagen nein zum schädlichen Leistungsabbau»</i>	6
<i>Redebeitrag Sheldon Masseraz: «Die sechs im neuen Gesetz vorgeschlagenen Massnahmen sind katastrophal für den Zivildienst»</i>	7
<i>Redebeitrag Maximiliano Wepfer: «Zivis sind nicht nur Lückenfüller, sondern wichtig für die Erhaltung des Fachkraftpotenzials»</i>	8
<i>Redebeitrag Andreas Wolf: «Verheerende Auswirkungen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und somit für uns alle haben»</i>	9
Das Referendum «Zivildienst retten!»	11
<i>Warum wir das Referendum ergreifen</i>	11
<i>Unsere Allianz</i>	12

Breite Allianz ergreift Referendum zur Rettung des Zivildienstes

Am Mittwoch, dem 8. Oktober, hat eine breite Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, betroffenen Verbänden und Einsatzbetrieben angekündigt, das Referendum gegen die Änderungen des Zivildienstgesetzes zu ergreifen. Die geplante Änderung ist schädlich, unnötig, gefährlich, manipulativ und rechtswidrig. Sie schwächt eine Institution, die unsere Gesellschaft trägt – und trifft genau dort, wo Unterstützung heute schon knapp ist.

Die geplanten Verschärfungen führen dazu, dass weniger junge Menschen Zivildienst leisten können – obwohl ihr Einsatz für das gesellschaftliche Zusammenleben dringend gebraucht wird.

«Diese Reform benachteiligt nicht nur die zukünftigen Zivildienstleistenden, sondern auch die Einsatzbetriebe, die diese Personen benötigen. Die Zivildienstleistenden helfen in Spitälern, Pflegeheimen, Kindertagesstätten oder auf Bergbauernhöfen. Eine Reduzierung der Zahl der Zivildienstleistenden bedeutet den Wegfall von Zehntausenden von Diensttagen für das Gemeinwohl, was letztlich die gesamte Gesellschaft benachteiligt», so Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz.

Die Änderungen des Zivildienstgesetzes sollen laut Bundesrat die Anzahl der jährlichen Zulassungen auf 4000 senken. Im Vergleich zu den aktuellen 6800 Neuzulassungen pro Jahr entspricht das einer Reduktion um mehr als 40 Prozent.

Andreas Wolf, Geschäftsleiter der Stiftung Wirtschaft und Ökologie, führt aus, dass der Wegfall von 40 Prozent der Zivildienstprojekte im Naturschutz verheerende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft haben wird: *«Das Artensterben wird sich beschleunigen, wodurch die Trinkwasserqualität weiter abnehmen, das Hochwasserrisiko steigen, die Auswirkungen von Hitzeperioden zunehmen,*

die Qualität unserer Naherholungsgebiete sinken und die Nahrungsmittelproduktion abnehmen wird.»

Maximiliano Wepfer, Verantwortlicher für politische Kommunikation beim Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse), ergänzt dazu: *«Die Einsätze von Zivis tragen dazu bei, die negativen Folgen des Personal- und Fachkräftemangels in der familienergänzenden Bildung und Betreuung abzumildern. Ohne sie würden sich unsere Mitglieder in einer noch kritischeren und angespannten Lage befinden. Darüber hinaus werden basierend auf Erfahrungswerten bis zu 10 Prozent der jungen Männer, die Kitas als Einsatzbetrieb wählen, ermutigt, sich für einen entsprechenden Beruf in der Branche zu entscheiden. Das heisst: Zivis sind nicht nur Lückenfüller, sondern wichtig für die Erhaltung des Fachkraftpotenzials.»*

Die Verschärfungen am Zivildienst sind somit schädlich für die Gesellschaft und unnötig, da sie kein reales Problem lösen.

Dazu meint Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin und Co-Präsidentin von des Schweizerischen Zivildienstverband CIVIVA: *«Junge Armeeangehörige, die den Entschluss gefasst haben, in den Zivildienst zu wechseln, werden sich kaum von diesen Schikanemassnahmen abschrecken lassen. Es wird höchstens dazu führen, dass vermehrt der ‚blaue Weg‘ gewählt*

wird, also die medizinische Ausmusterung. Diese jungen Leute fehlen dann in beiden Organisationen, im Zivildienst, aber eben auch in der Armee.»

Die geplante Änderung schwächt eine Institution, die unsere Gesellschaft trägt – und trifft genau dort, wo Unterstützung heute schon knapp ist. Ebenso führt Fabien Fivaz Ständerat der Grünen Schweiz und Co-Präsident von CIVIVA aus: «Diese

Verschärfungen des Zivildienstes sind nur ein erster Schritt. Was danach kommt, ist bekannt: Wiedereinführung der Gewissensprüfung und endgültige Auflösung des Zivildienstes in der Wehrpflicht im Bereich Sicherheit am Ende des Jahrzehnts. Es handelt sich dabei um die klassische «Salamitaktik». Deshalb sprechen wir davon, den Zivildienst jetzt oder nie zu retten, und lehnen es ab, dass die Massnahmen heruntergespielt werden.»

Medienkontakte

- **Priska Seiler Graf**

Nationalrätin SP, Co-Präsidentin CIVIVA,
076 571 06 48, priska.seiler@parl.ch

- **Magdalena Erni**

Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz,
079 488 37 15,
magdalena.erni@jungegrueene.ch

- **Andreas Wolf**

Geschäftsleiter der Stiftung Wirtschaft
und Ökologie (SWO),
076 423 05 04, aw@stiftungswwo.ch

- **Maximiliano Wepfer**

Verantwortlicher politische Kommunika-
tion kibesuisse,
043 321 32 53,
maximiliano.wepfer@kibesuisse.ch

- **Fabien Fivaz**

Ständerat Grüne, Co-Präsident CIVIVA,
078 740 06 51, fabien.fivaz@parl.ch

Wir sagen Nein zu sinnlosen und wirkungslosen Schikanen

Die eidgenössischen Räte haben vorletzte Woche einer Revision des Zivildienstgesetzes (ZDG) zugestimmt, welche die Zulassungen zum Zivildienst erschweren soll. Wir wehren uns mit einer breiten Allianz gegen diese schikanösen und zum Teil grundrechtswidrigen Massnahmen, die eingeführt werden sollen, und ergreifen darum heute das Referendum gegen diese Verschärfungen des Zivildienstes.

Dieser Angriff auf den Zivildienst ist nicht neu. Der Bundesrat wollte dieselben Massnahmen schon einmal einführen, damals im Juni 2020 wurden sie aber im Nationalrat abgelehnt. Das war bekanntlich noch vor dem brutalen Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine. Mit Recht beschäftigen wir uns seither wieder bewusster mit unserer militärischen Sicherheit. Aber der Zweck heiligt eben nicht alle Mittel. Leider wird der Zivildienst im bürgerlich dominierten Bundesrat und Parlament nun offenbar als eine Bedrohung für die Armeebestände angesehen. Das betrübt mich und hat mit der Realität wenig zu tun. Die Armee hat zurzeit nämlich sogar einen gesetzeswidrigen Überbestand beim Effektivbestand, das sind die Fakten. CIVIVA ist überzeugt, dass es beides braucht: eine starke Armee, aber eben auch einen starken Zivildienst.

Diese nun wieder aufgewärmten Massnahmen mit Strafcharakter werden der Armee nicht helfen und sind dadurch unnötig, denn sie sind offensichtlich in erster Linie dafür da, den Zivildienst unattraktiv zu machen. Aber junge Armeeangehörige, die den Entschluss gefasst haben, in den Zivildienst zu wechseln, werden sich kaum von diesen Schikanemassnahmen abschrecken lassen. Es wird höchstens dazu führen, dass vermehrt wieder der „blaue

Weg“ gewählt wird, also die medizinische Ausmusterung. Diese jungen Leute fehlen dann in beiden Organisationen, also im Zivildienst, aber eben auch in der Armee. Meine Nachredner werden auf diesen Punkt dann spezifisch eingehen.

Im Namen von CIVIVA und der SP Schweiz ist für uns klar, dass diese Verschärfungen des Zivildienstes gestoppt werden müssen, um den Zivildienst zu retten. Daher lassen wir das Volk entscheiden, wie wichtig ihm der Zivildienst ist!

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir sagen Nein zum schädlichen Leistungsabbau

Diese Verschärfungen des Zivildienstes sind nur ein erster Schritt. Was danach kommt, ist bekannt: Wiedereinführung der Gewissensprüfung und endgültige Auflösung des Zivildienstes in der Wehrpflicht im Bereich Sicherheit am Ende des Jahrzehnts. Es handelt sich dabei um die klassische «Salamitaktik». CIVIVA und die Grünen Schweiz sagen klar und deutlich, dass diese Taktik jetzt gestoppt werden muss. Deshalb sprechen wir davon, den Zivildienst jetzt oder nie zu retten, und lehnen es ab, dass die Massnahmen heruntergespielt werden.

Seit seiner Einführung im Jahr 1996 ist der Zivildienst ein grosser Erfolg. Er hat sich zu einer wichtigen Institution entwickelt, die weit über den Ersatzdienst hinausgeht. Der Zivildienst ermöglicht es, wichtige Lebenserfahrungen zu sammeln, erfüllt wichtige soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Die Zivildienstleistenden sind in den zahlreichen Einsatzbetrieben unverzichtbar. Ohne sie müssten Spitäler, Altersheime, Bergbauern und Schulen ihre Leistungen für die Bevölkerung einschränken. Würde die Zahl der Zulassungen um 40 % reduziert, wie es der Bundesrat in seiner Botschaft vorsieht, gäbe es entsprechend weniger Dienstage, um diese für die Gemeinschaft wichtigen Aufgaben zu erfüllen, für die bereits heute nicht genügend oder gar keine personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Auch in einer Notsituation spielen Zivildienstleistende eine wichtige Rolle: Während der Covid-Pandemie, als die Armee ihre Sanitätssoldaten ausbilden musste, waren die Zivildienstleistenden bereits ausgebildet und in Spitälern, Pflegeheimen und anderen Einrichtungen im Einsatz. Auch 2022, als viele Flüchtlinge aus der

Ukraine kamen, hat der Bund Hunderte von Zivildienstleistenden mobilisiert, um die Aufnahme zu erleichtern. Es ist offensichtlich, dass eine Schwächung des Zivildienstes das gesamte System schwächt, ohne die Attraktivität der Armee zu verbessern oder sie zu stärken.

Aus diesem Grund lancieren wir das Referendum, und meine Kollegen, die nach mir das Wort ergreifen werden, werden erläutern, was dies konkret für die Tätigkeitsbereiche des Zivildienstes und die Einsatzstellen bedeuten würde.

Es gilt das gesprochene Wort.

Die sechs im neuen Gesetz vorgeschlagenen Massnahmen sind katastrophal für den Zivildienst

Mit der Abstimmung über die Änderung des Zivildienstgesetzes bestätigt die rechte Mehrheit im Parlament einmal mehr, dass sie eine unsoziale Politik betreibt. Obwohl das Parlament 2020 einen fast identischen Entwurf abgelehnt hatte, hat die bürgerliche Mehrheit beschlossen, den Kopf in den Sand zu stecken, ihre Politik des «Alles für die Armee» und «Nichts für die soziale Schweiz» fortzusetzen und diese Reform des Zivildienstes ohne jegliche Überlegung zu verabschieden.

Die sechs im neuen Gesetz vorgeschlagenen Massnahmen sind katastrophal für die Zukunft des Zivildienstes, der doch einen enormen Beitrag für die Schweizer Gesellschaft leistet. Die Zivildienstleistenden übernehmen systemrelevante Aufgaben dort, wo es an Ressourcen mangelt, in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Landwirtschaft und Umweltschutz. Eine Schwächung dieses Dienstes bedeutet ganz einfach eine Schwächung unseres Landes.

Für uns Junge Grüne ist klar, dass der Abbau des Zivildienstes gestoppt werden muss. Deshalb lancieren wir heute das Referendum gegen diesen Gesetzesentwurf.

Der Zivildienst ist eine Institution, die seit fast 30 Jahren besteht. Letzte Woche feierte er sein 29-jähriges Bestehen. Seine Gründung ist jedoch das Ergebnis eines langen Kampfes, der bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann. Dieser Kampf ist der Kampf für das Grundrecht, den Militärdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Heute wird diese Errungenschaft, für die so viele Menschen jahrzehntelang gekämpft haben, in Frage gestellt. Die Verschärfungen des Zivildienstgesetzes sind sehr problematisch, da sie das Grund-

recht auf Zugang zu einem Ersatzdienst bei Gewissenskonflikten verletzen. Es ist daher zweifelhaft, ob das vorgeschlagene Gesetz mit der Bundesverfassung und dem Völkerrecht vereinbar ist.

Ausserdem benachteiligt diese Reform nicht nur die zukünftigen Zivildienstleistenden, sondern auch die Einsatzbetriebe, die diese Personen benötigen. Zivildienstleistende helfen in Spitälern, Pflegeheimen, Kindertagesstätten oder auf Bergbauernhöfen. Eine Reduzierung der Zahl der Zivildienstleistenden bedeutet den Wegfall von Zehntausenden von Dienststunden für das Gemeinwohl, was letztlich die gesamte Gesellschaft benachteiligt. Da ich selbst Zivildienst geleistet habe, konnte ich den sehr positiven Beitrag dieses Dienstes in den Einsatzbetrieben feststellen. Ich konnte Institutionen unterstützen, die unverzichtbar sind und die es der Schweiz ermöglichen, jeden Tag zu funktionieren. Und ich glaube, dass ein grosser Teil der heutigen Jugend genau das will: einen bereichernden Dienst leisten, der lehrreich und sinnvoll ist und bei dem man sich zutiefst nützlich fühlt. Ich bin heute zuversichtlich, dass dieses Referendum erfolgreich sein wird, denn der Zivildienst wird nicht nur von den Zivildienstleistenden selbst geschätzt, sondern auch von den Einsatzstellen, die sie beschäftigen, und vor allem von den Zehntausenden von Menschen, die jeden Tag direkt oder indirekt von der Arbeit der Zivildienstleistenden profitieren.

Es gilt das gesprochene Wort.

Zivis sind nicht nur Lückenfüller, sondern wichtig für die Erhaltung des Fachkraftpotenzials

Care-Arbeit ist Schwerarbeit. Das wird mir immer wieder bewusst, wenn ich höre, was alles die Zivis in den schulergänzenden Tagesstrukturen meiner Kinder leisten. Sie sind im Alltag mit dabei, unterstützen in der Küche oder in der Pausenaufsicht, begleiten beim Mittagstisch oder bei Schulausflügen. Kurz: Sie sind die Helden meiner Kinder. In den Kitas helfen sie den Kindern beim Zähneputzen und sorgen für Ordnung in den Räumlichkeiten. Was sie dagegen nicht machen, sind anspruchsvolle Pflegesituationen ohne Aufsicht, wie beispielsweise Wickeln oder Ähnliches. Was sie aber sehr wohl tun: Sie leisten einen Dienst an die Gesellschaft, ebenso wie die jungen Männer und Frauen im Militärdienst. Beide Dienstformen sollen und dürfen deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Zivis haben im vergangenen Jahr rund 115'000 Dienstage im Bereich «Kinder» geleistet. Dazu zählen Einsätze in Heimen, Schulen und heilpädagogischen Einrichtungen, aber auch in Kindertagesstätten und schulergänzenden Tagesstrukturen. Die familienergänzende Bildung und Betreuung steht zudem an zweiter Stelle bei der Anzahl der Kurse im Zivildienst (vgl. Statistiken 2024 ZIVI). Auf FTE (Vollzeitstellen) und überschlagsmässig heruntergerechnet und mit der Annahme, dass pro Jahr etwa 260 Arbeitstage gearbeitet werden, ergibt das rund 1500 Vollzeitstellen. Damit ist klar: Der Bedarf an Zivis und ihr Stellenwert in den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung sind unbestritten.

Die Einsätze von Zivis tragen dazu bei, die negativen Folgen des Personal- und Fachkräftemangels in der Branche abzumildern. Ohne sie

würden sich unsere Mitglieder in einer noch kritischeren und angespannteren Lage befinden. Darüber hinaus werden basierend auf Erfahrungswerten bis zu 10 Prozent der jungen Männer ermutigt, welche die Kitas als Einsatzbetrieb wählen, sich für einen entsprechenden Beruf in der familienergänzenden Bildung und Betreuung zu entscheiden. Das heisst: Zivis sind nicht nur Lückenfüller, sondern wichtig für die Erhaltung des Fachkraftpotenzials. Zuletzt kommt der nicht zu unterschätzende Imageeffekt, die diese Einsätze der Zivis haben. Letztere erlangen ein positives Bild von unserer Branche und tragen das in die Gesellschaft und hoffentlich auch in die Politik, wo ja die Rolle der familienergänzenden Bildung und Betreuung immer noch hinterfragt wird.

Die vom Parlament angenommene Änderung des Zivildienstgesetzes schwächt den Zivildienst im Allgemeinen und die Branche der familienergänzenden Bildung und Betreuung im Spezifischen. Deshalb unterstützt kibesuisse klar das Referendum und ist dem gemeinsamen Bündnis beigetreten. Letztlich geht es hier um das Wohl und die Anliegen des Kindes: Diese sind kein «Nice-to-have», sondern ein «Need-to-have». Wer das nicht berücksichtigt, handelt mit Blick auf die ganze Gesellschaft kurzsichtig und kurzfristig.

Es gilt das gesprochene Wort.

Verheerende Auswirkungen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und somit für uns alle haben

Die Verschärfung der Zulassung zum Zivildienst würde sehr direkte negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben:

Tausende von Seniorinnen und Senioren in Altersheimen würden Zivildienstleistende als Unterstützung verlieren, z. B. bei der Körperpflege oder beim Mahlzeiten einnehmen. Zehntausende von Schülerinnen und Schülern in der ganzen Schweiz würden Zivildienstleistende als Klassenassistenten verlieren, worunter die Unterrichtsqualität leiden würde.

Zivildienstleistende arbeiten aber auch in Institutionen für Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, in Spitälern, in Unterkünften für Geflüchtete, im Umweltbereich und in der Landwirtschaft, also überall dort, wo die Fachkräfte auf Unterstützung von aussen angewiesen sind und ohne diese ihre Arbeiten nicht fachgerecht ausführen können.

Die Stiftung Wirtschaft und Ökologie SWO ist einer von über 4300 Einsatzbetrieben für Zivildienstleistende. Bei der SWO arbeiten wir im Naturschutzbereich jährlich mit über 100 Zivildienstleistenden zusammen. Diese leisten bei uns jedes Jahr rund 6000 Dienstage. Mit bis zu 4 Gruppen à 6 bis 8 Zivildienstleistenden führen wir unter fachkundiger Leitung Arbeiten aus, welche das Gewerbe nicht ausführen kann oder will. Es sind handarbeitsintensive Arbeiten, welche mit Landwirtschaftsmaschinen nicht umgesetzt werden können, z.B. das Entbuschen von Mooren, die Mahd steiler Trockenwiesen, Asträumungen nach Forstarbeiten oder die Bekämpfung von Neophyten und anderen Problempflanzen.

Durch diese Arbeiten werden Ökosysteme erhalten, die Biodiversität erhöht und Ressourcen geschützt. Intakte Ökosysteme filtern unser Trinkwasser, speisen das Grundwasser, sorgen mit ihren Insekten für die Bestäubung unserer Nutzpflanzen, puffern die Auswirkungen von Extremniederschlägen und Hitzetagen und erhöhen den Naherholungseffekt. Unsere Zivildienstleistenden leisten somit täglich aktiv einen extrem wichtigen Beitrag für Klima, Biodiversität und Gesellschaft.

Wenn 40 % weniger Zivildienstleistende zugelassen werden, heisst das für uns in der SWO mittelfristig 40 % weniger Arbeitskräfte, 40 % weniger Projekte und 40 % weniger Angestellte als Einsatzleitungen – im schlimmsten Fall müssten wir diese entlassen.

Gemäss BAFU werden die Ziele im Naturschutz bereits heute nicht erreicht, da die Ressourcen fehlen. Fallen nun 40 % der Zivildienst-Projekte im Naturschutz weg, wird das verheerende Auswirkungen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und somit für uns alle haben:

Das Artensterben wird sich beschleunigen, wodurch die Trinkwasserqualität weiter abnehmen, das Hochwasserrisiko steigen, die Auswirkungen von Hitzeperioden zunehmen, die Qualität unserer Naherholungsgebiete sinken und die Nahrungsmittelproduktion abnehmen wird. Die damit verbundenen Mehrkosten lassen sich heute nicht beziffern – ich wage jedoch die Prognose, dass sie in die Milliarden gehen werden. Denn in letzter Zeit haben wir ja leider immer wieder erfahren müssen, was nur schon EIN zusätzliches

Hochwasser für Auswirkungen und Kosten mit sich bringt.

Ich bin überzeugt, dass eine Verschärfung der Zulassung in den Zivildienst für die Schweiz als Ganzes extrem kontraproduktiv sein würde und wir dadurch sehr viel Lebensqualität einbüßen würden – sei es in den Altersheimen, in den Schulen oder sonst im täglichen Leben.

Eine Schwächung des Zivildienst hat automatisch eine Schwächung unserer Gesellschaft zur Folge! Und das gilt es zu verhindern! Darum unterstützen wir dieses Referendum.

Es gilt das gesprochene Wort.

Warum wir das Referendum ergreifen

Die geplante Gesetzesänderung des Zivildienstgesetzes ist schädlich, unnötig, gefährlich, manipulativ und rechtswidrig. Sie schwächt eine Institution, die unsere Gesellschaft trägt – und trifft genau dort, wo Unterstützung heute schon knapp ist.

Wir sagen NEIN zum schädlichen Leistungsabbau

Das Parlament will die Zulassung zum Zivildienst massiv einschränken. Das bedeutet: weniger Zivis, die in Pflegeheimen und Spitälern helfen, weniger Unterstützung für Kinder und Jugendliche in Schulen, weniger Einsatz für Natur- und Umweltschutz sowie in der Landwirtschaft. Gerade dort, wo bereits heute Personalmangel herrscht, sollen helfende Hände fehlen.

Das ist ein Leistungsabbau auf Kosten der Schwächsten – und ein Schaden für uns alle. Die Verschärfung würde die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst um über 40% reduzieren. Damit fehlen tausende Arbeitstage in der Pflege, in Kitas, in sozialen Einrichtungen und in der Bildung. Zudem sollen Zivildiensteinsätze für Medizinstudierende ganz gestrichen werden – ein fataler Schritt in Zeiten des Pflegenotstands.

Wie sagen NEIN zu sinnlosen und wirkungslosen Schikanen

Die Vorlage führt eine Reihe von schikanösen Regelungen ein:

- Eine jährliche Einsatzpflcht unabhängig von Lebenssituation oder Studium.
- Einen Zwang zu einem langen Ersteinsatz direkt nach der Zulassung.

Das macht qualifizierte, sinnvolle Einsätze kaum planbar und ignoriert die Realität junger Menschen – von Ausbildung über Familie bis Berufseinstieg. Wer sich für eine solidarische Gesellschaft engagieren will, sollte unterstützt, nicht bestraft werden.

Wir sagen NEIN zum Angriff auf die Gewissensfreiheit

Die geplanten Änderungen verletzen Grundrechte. Sie widersprechen sowohl der Bundesverfassung als auch dem Völkerrecht. Die Schweiz garantiert das Recht auf einen zivilen Ersatzdienst aus Gewissensgründen. Die Verschärfung würde dieses Recht faktisch untergraben, indem Personen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten wollen, trotzdem aufgeboten oder sanktioniert würden. Das ist ein Angriff auf die Gewissensfreiheit, die in einer Demokratie nicht verhandelbar ist.

Die Allianz



zu den Verschärfungen des Zivildienstes

- Blaues Kreuz Schweiz
- CENAC
- Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH)
- EVP Schweiz
- Frauen für den Frieden
- Friedensrat
- Grüne Schweiz
- Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)
- Heilsarmee
- insieme
- Junge EVP Schweiz
- Junge Grüne Schweiz
- JUSO Schweiz
- Kleinbauern-Vereinigung
- Männer.ch
- Okaj
- Schweizerischer Zivildienstverband CIVIVA
- SCI Schweiz
- SP Schweiz
- Stiftung Umwelteinsatz
- Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse)
- Verein Grünwerk
- Vorstand der Konferenz der Mennoniten